

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

9.10.1924 (No. 236)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. K. M. u. B. Karlsruhe

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreiter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in telephonischer Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluss erfolgen.

Amtlicher Teil

Die Brotpreise und die Preisprüfungsstellen

Nach der Reichsverordnung über Preisprüfungsstellen vom 13. Juli 1923 gehört es zu den Aufgaben der Preisprüfungsstellen, die in ihren Bezirken für Gegenstände des täglichen Bedarfs usw. geforderten Preise auf ihre Angemessenheit nachzuprüfen. Stellt es sich hierbei heraus, daß übermäßige Preise gefordert werden, so ist die Staatsanwaltschaft mit der Weiterverfolgung zu beauftragen.

Die in den letzten Tagen in einzelnen Städten erfolgten Preisprüfungen müssen deshalb — nach einer Verordnung des Ministeriums des Innern — den Preisprüfungsstellen Veranlassung geben, die Kalkulation nachzuprüfen. Es ist vor allem notwendig, festzustellen, ob die für Mehlpreise eingesehten Sätze auch wirklich berechtigt sind. Zuzustimmen ist auch der Auffassung, daß die Positionen Betriebskosten, Verkaufspreise usw. einer gründlichen Nachprüfung bedürfen, und daß es nicht hingenommen werden kann, wenn die Sätze für Speise und Gewinn lediglich prozentual aus den Mehlpreisen berechnet werden. Gegen diese Art der Kalkulation wird seit langem von den zuständigen Behörden und zum Teil auch von den eigenen Interessensvertretungen in Gewerbe und Handel Stellung genommen. Die Zurückführung der Kalkulationsmethode auf die in der Vorkriegszeit übliche muß das Ziel der Arbeit sein.

Konsularische Vertretungen

Herr Dr. Arabis Nohac Belado ist zum Generalkonsul der Republik El Salvador für das deutsche Reich mit dem Amtssitz in Hamburg ernannt worden. Nachdem ihm namens des Reichs das Exequatur erteilt worden ist, ist er zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

Herr Oskar Bangerer in Mannheim ist seines Amtes als portugiesischer Konsul von der portugiesischen Regierung entbunden worden.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag zu den Zollfragen

Die Tagung des Deutschen Industrie- und Handelstags hat nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Dr. Hugo Syndlus der Industrie- und Handelskammer Bochum, über „Die vorläufige Regelung der landwirtschaftlichen und industriellen Zölle“ nachfolgende Erklärung einstimmig angenommen:

Die Verarmung und Vorkämpfung der deutschen Wirtschaft verlangen eine starke handelspolitische Förderung der deutschen Wirtschaft. So sehr das Schutzbedürfnis der deutschen Produktion auch gewachsen ist, so erfordert die Lebensfähigkeit des deutschen Volkes und die Arbeitsfähigkeit der deutschen Wirtschaft doch die Anstrengung eines Warenverkehrs mit allen anderen Ländern auf der Grundlage eines maßvollen Schutzsystems. Es ist deshalb Aufgabe der Reichsregierung, sich unverzüglich einen Zolltarif zu schaffen, der als geeignete Verhandlungsgrundlage dienen kann und den übrigen Handelsstaaten Anreiz zur beiderseitigen Herabsetzung der Zollsätze bietet.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag stimmt dem Vorgehen der Reichsregierung zu, sich durch eine probatorische Wiedereinführung des Zolltarifs von 1902 eine vorläufige Verhandlungsgrundlage zu schaffen. Der dem Reichswirtschaftsamt vorgelegte kleine Zolltarifentwurf bedarf aber noch hinsichtlich der vorgeschlagenen Zollsätze der sachkundigen Nachprüfung der Industrie- und Handelskammern und der Fachverbände. Das wichtigste Ziel der deutschen Handelsvertragspolitik muß die Gleichstellung der deutschen Waren und des deutschen Kaufmanns in den Vertragsstaaten auf der Grundlage der allgemeinen gegenseitigen und unbeschränkten Meistbegünstigung sein. Die deutsche Reichsregierung muß die ihr am 10. Januar 1925 zufallende Handlungsfreiheit auf handelspolitischen Gebieten in vollem Maße zur Verringerung der deutschen Ausfuhrmöglichkeiten ausnützen. Jede Verlängerung sollfreier eisenlohringischer Einfuhrkontingente ist abzulehnen. Zugeständnisse gegenüber den autonomen Zolltariffen dürfen den verhandelnden Staaten nur unter Durchsetzung der vollen Meistbegünstigung und Gegenseitigkeit eingeräumt werden.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag ist der Ansicht, daß die Reichsregierung gegebenenfalls gegenüber den Staaten, die nicht bereit sind, den Warenverkehr mit Deutschland vertraglich zu ermöglichen, die vielmehr an der Differenzierung der Wareneinfuhr aus Deutschland festhalten, von den Ermäßigungen des § 10 des Zolltarifs und des § 7 der Reichsabschreibungsverordnung Gebrauch macht.

Die Stellungnahme des Hauptausschusses zur Frage der Währungsfrage wurde folgendermaßen präzisiert:

Der Deutsche Industrie- und Handelstag hält die Wiedereinführung eines Zollschutzes für die landwirtschaftliche Erzeugung nach wie vor für geboten. Gelegentliche Preisunterstützungen auf dem Getreidemarkt können nicht für die grundsätzliche Wertsicherung der Schutzbedürftigkeit der deutschen Landwirtschaft maßgebend sein. Die gesamte deutsche Wirtschaft hat für Jahre hinaus ein starkes Interesse an der Erhaltung

einer produktionsfähigen Landwirtschaft, die das deutsche Volk ernährt und für die Erzeugnisse von Handel, Industrie und Gewerbe abnahmefähig ist. Der Deutsche Industrie- und Handelstag erklärt aber die Wiederherstellung der Vorkriegsvertragszölle für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse für ausreichend.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag empfiehlt auch seinerseits, für Getreide einen einheitlichen Zollsat einzuführen und diesen im Interesse der Förderung der inländischen Fleischproduktion möglichst niedrig zu halten. Ein besonderer Zollsatz für Malzgerste erübrigt sich schon aus der Tatsache, daß ihre Einfuhr im Verhältnis zum Einfuhrbedürfnis an Futtermittel unübersehbar ist.

Zum Schluß wurde es für geboten erachtet, daß die im Sinne des § 4 des Geschenkgesetzes über Zölle und Umsatzsteuer dargelegte Möglichkeit der Erledigung handelspolitischer Maßnahmen auf dem Wege der vereinfachten Gesetzgebung baldigt geschieht bewirkt wird.

* Das Programm des Reichskanzlers und die Parteien

Von neuem hat Reichskanzler Dr. Marx bewiesen, daß er ein staatsmännisch veranlagter Kopf ist und durchaus die Fähigkeit besitzt, um auch unter den schwierigsten Umständen eine parlamentarische Mehrheit zusammenzubringen. Sollte ihm seine Absicht schließlich doch nicht gelingen, so wird die Schuld daran nicht ihm, sondern den Parteien beizumessen sein.

Die Richtlinien für ein Kabinett der Volksgemeinschaft, die gestern früh den Parteiführern übergeben wurden, sind so gehalten, daß nur böser Wille sie abzulehnen vermag. Und doch sind sie bei alledem keineswegs so verwirrt, daß schließlich jeder nach seinem Belieben das darunter verstehen könnte, was ihm gerade gefällt. Sie sind im Gegenteil sogar recht klar gehalten und lassen keine Zweifel über die Grundzüge dessen, was das Kabinett der Volksgemeinschaft praktisch zu vollziehen hätte, aufkommen.

So hat denn auch keine einzige der in Betracht kommenden Fraktionen die Richtlinien des Reichskanzlers abgelehnt. Die Zentrumspartei hat ihnen ausdrücklich zugestimmt. Die Deutschdemokraten sind mit ihnen einverstanden, doch möchten sie am liebsten weder eine Erweiterung nach rechts noch links, sondern eine Fortsetzung der bisherigen Koalition. Auch die Deutsche Volkspartei hat nichts gegen die Richtlinien einzuwenden gehabt, dafür aber nochmals auf Beschleunigung gedrängt.

Am wichtigsten sind naturgemäß die Erklärungen der beiden Flügelparteien. Die Deutschnationalen bekennen sich nunmehr auch ihrerseits zur Idee der Volksgemeinschaft, verlangen aber als Garantien eine besondere Betonung des christlichen Staatscharakters, Verneinung des Klassenkampfes und weitere Verfolgung der Erklärung gegen die Kriegsschuldigen. Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen ermächtigt ihre Unterhändler „zu weiteren Verhandlungen über die Regierungsbildung an Hand der vorgelegten, im einzelnen noch zu erörternden Richtlinien.“ Das ist also, summarisch betrachtet, eine prinzipielle Zusage unter Offenlassen einzelner Hinterpförtchen.

Ähnlich ist die Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Doch tritt in ihr der Moment der grundsätzlichen Zustimmung scharfer hervor. Denn es heißt in der Erklärung der Sozialdemokraten, daß ihrer Meinung nach sich ihre besonderen Wünsche im Rahmen der Richtlinien durchaus erfüllen lassen würden. Was die Sozialdemokraten wünschen, ist folgendes: Eineinnahme des Wortes „Republik“ in die Richtlinien, Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik, baldiger Eintritt in den Völkerbund, Ratifizierung des Arbeitszeitabkommens und präzisere Fassung der Richtlinien hinsichtlich der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Wenn Deutschnationalen und Sozialdemokraten nicht noch besondere Schwierigkeiten machen, wird sich über die Wünsche der beiden Fraktionen sicherlich eine Einigung erzielen lassen. Die Hauptsache ist, daß die beiden Flügelparteien wirklich zu einer ehrlichen Mitarbeit bereit sind. Daß das Wort „Republik“ nicht in den Richtlinien enthalten ist, braucht doch gewiß nicht auf eine bestimmte Absicht hinzuweisen. Nach den Erklärungen des Arbeitsministers Brauns ist die Reichsregierung prinzipiell gewillt, das Washingtoner Abkommen zu akzeptieren. Und daß die bisherige Außenpolitik fortgesetzt wird, ist genau so selbstverständlich, wie der Wunsch

der Reichsregierung, in den Völkerbund einzutreten. Mit gutem Willen auf allen Seiten werden sich die Hindernisse, die diesem Eintritt noch entgegenstehen, hinwegräumen lassen. Die Antwort aus Paris lautet ja bekanntlich dahin, daß Frankreich gegen die Abspaltung eines Völkerbundsatzes an Deutschland — unsere bedenkliche Forderung — nichts einzuwenden habe. Daß wir den Kampf gegen die Kriegsschuldigen fortsetzen werden, ist ebenso selbstverständlich. Der Klassenkampf als solcher aber wird durch die Idee der Volksgemeinschaft verneint.

Komplicationen kann der Wunsch der Sozialdemokraten nach einer genauen Formulierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik hervorrufen. Was die deutschnationalen Forderungen nach Betonung des christlichen Staatscharakters betrifft, so muß daran erinnert werden, daß die Reichsverfassung in den einschlägigen Paragraphen einen besonderen christlichen Charakter des Reiches nicht feststellt, da ja nach Artikel 137 keine Staatskirche besteht, und die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften in demselben Paragraphen ausdrücklich gewährleistet wird. Aber andererseits wird ja wohl kein verständiger Mensch daran zweifeln wollen, daß kulturell gesehen, die Grundlage unseres öffentlichen Lebens die christliche ist. Diese Grundlage kann schließlich von jedem Volksgenossen anerkannt werden, ohne, daß das bestimmte Bindungen verfassungsmäßiger Art in sich schließt. Denn dann müßte eben die Reichsverfassung geändert werden.

Wir betonen nochmals: wenn die Flügelparteien wirklich aufrichtig ein Kabinett der Volksgemeinschaft wollen, werden die Punkte, die ihnen noch Schmerzen bereiten, ganz sicherlich aus dem Wege geräumt werden können.

Die Regierung Macdonald gestürzt

Parlamentarische Auflösung unvermeidbar

Die englische Regierung Macdonalds ist gestürzt worden. Nachdem vom Unterhaus der konservative Tadelantrag mit 359 gegen 198 Stimmen abgelehnt worden war, wurde am späten Mittwochabend der liberale Antrag, der eine Untersuchung fordert, mit 364 gegen 198 Stimmen angenommen. Nach einer Neutermelbung ist die Auflösung des Unterhauses infolge der Niederlage der Regierung unvermeidbar. Der König traf in London ein.

Im Unterhause begründete zunächst vor vollbesetztem Hause der frühere unionistische Minister Horne einen Antrag der Unionisten, in dem die Regierung wegen ihrer Haltung bei der Zurückziehung der Anklage gegen den Herausgeber des kommunistischen Blattes „Workers Weekly“ getadelt wird. Horne erklärte, wenn die Ausführung der Gesetze erst Erwägungen der politischen Zweckmäßigkeit untergeordnet werde, würde die Gerechtigkeit überhaupt verschwinden. Der Attorney-General sollte völlig frei sein von politischen Einflüssen. Der Attorney-General Hastings erwiderte, er würde nicht anders handeln, wenn er morgen über einen ähnlichen Fall zu entscheiden hätte. Macdonald habe seine Ansicht dahin geäußert, daß die Strafverfolgung niemals hätte eingeleitet werden dürfen. Hastings selbst habe dann beschlossen, die Strafverfolgung auszuweichen, als die Nachforschungen in ihm den Glauben erweckten, daß die Verfolgung ein Mißergebnis haben würde. Das Kabinett habe mit diesem seinem Entschluß nichts zu tun.

Der liberale Führer Sir John Simon, der nach der Rede von Hastings den liberalen Abwanderungsantrag einbrachte, erklärte, eine Untersuchung sei notwendig, um zu entdecken, bis zu welchem Maße die politischen Vorgehen des Attorney-General (nämlich das Kabinett) den Versuch machten, um seine Auffassung zu beeinflussen. Der Attorney-General ließ das Haus vollständig im Rebell darüber, welche Rolle der Premierminister und andere Minister in dieser Angelegenheit spielten. Der Ministerpräsident erklärte, wenn das Haus dem konservativen oder liberalen Antrag zustimmen würde, würde die Regierung gehen. Es würde das Ende einer Regierung sein, die dem Lande viel Ehre brachte. Kurz darauf aber würde die Regierung wieder zu Amt kommen.

London, 9. Oktober. Die Blätter erwarten nach der gestrigen Niederlage der Regierung allgemein Neuwahlen. — „Daily Herald“ schreibt: Auf in den Kampf! Der Würfel ist gefallen! Der parlamentarische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, Macdonald werde den König um Auflösung des Parlaments ersuchen. Ein Kabinettsrat werde heute vormittag endgültig über die Schritte, die getan werden sollen, entscheiden. Man erwarte, daß das augenblickliche Parlament die Arbeiten bis zu einem Zeitpunkt beenden werde, der es dem Lande ermöglicht, entweder am 8. oder am 15. November Neuwahlen vorzunehmen. „Daily Chronicle“ schreibt: Weder die Niederlage noch die Auflösung wurde der Regierung aufgegeben. Ihr wurde Gelegenheit gegeben, beides zu vermeiden. Aus besonderen Gründen zog sie es jedoch vor, dem Lande zum dritten Male Neuwahlen innerhalb zweier Jahre aufzuerlegen. So endet eine Periode der Zusammenarbeit

zwischen den Liberalen und der Arbeiterpartei. Das Experiment war ein Misserfolg. — Auch die „Westminster Gazette“ ist der Ansicht, daß die Regierung ihre Niederlage herausfordert.

Paris, 9. Okt. Zum Sturz des Kabinetts Macdonald schreibt das „Echo de Paris“: Mit Macdonald ist die sozialistische Doktrin eine Waffe geworden, um gegen die Interessen Frankreichs die Ansichten Englands zum Ziele zu führen. Das haben die Konservativen und Liberalen wohl begriffen. Sie haben Macdonald ein Werk ausüben lassen, dessen Erfüllung sie wünschen, ohne daß sie selbst hierfür die Verantwortung übernehmen wollten — sei es, daß sie einem Strupel von Logik gegenüber ihrem Verbündeten während des Krieges gehorchen — sei es, daß sie sich fürchteten, das britische Volkgefühl, das unserem Lande treu geblieben sei, zu verletzen. Heute entdecken sie dann, daß Macdonald, wenn er ein Programm ausführte, das ihren egoistischen Absichten gedient hat, er mindestens ebenso sehr den Interessen seiner Partei diene. Sie bemerken, daß die gesamte soziale Ordnung bedroht ist, und sie jagen deshalb den Umstürzler davon; eine etwas spätere Einsicht. Allerdings ist es wahr, daß England niemals, auch nur im Entferntesten die Gefahr, sei es im Innern, sei es außerhalb seiner Grenzen, gekannt hat, und daß es ihm immer gelungen ist, durch eine große Anstrengung seinen Mangel an Voraussicht wieder gutzumachen. Wird ihm das diesmal auch noch möglich sein? Eine nahe Zukunft wird hierauf eine Antwort geben.

Das „Retit Journal“ vertritt den Standpunkt, daß es der antisozialistischen Koalition, deren Schöpfer Winston Churchill sei, gelungen sei, die Einheit der bürgerlichen Parteien gegen die Arbeiterpartei zu realisieren. Gewisse liberale Elemente, die unter Führung Lloyd Georges ständen, seien schon lange der Rolle der geduldbigen Lämmer überdrüssig. Andererseits hätte die Arbeiterpartei durch gewisse Ausgebungen ihren Widerwillen gezeigt, aus den Händen der Liberalen wie gefütterte Tiere die Nahrung entgegenzunehmen. Auch habe Macdonald nicht ohne Schwierigkeiten den Internationalismus seiner Partei mit der nationalen Politik vereinen können, die er in Indien und gestern auch noch in Ägypten fortgesetzt habe.

Die Regierungsbildung im Reich

Noch keine Lösung

Nachdem die Antworten der Reichstagsfraktionen an den Reichskanzler nicht bis Mittwoch abend eingegangen waren, sollten heute vormittag die Parteiführer dem Reichskanzler ihre Mitteilungen machen. Jedoch werden bereits die Entscheidungen der einzelnen Parteien veröffentlicht, ebenso sind die bis jetzt zurückgehaltenen Richtlinien des Reichskanzlers für eine große Koalition der Volksgemeinschaft veröffentlicht worden. Die Richtlinien, die der Reichskanzler den Parteien vorgelegt hat, sind zwar von keiner Seite abgelehnt worden, aber es hat sich doch gezeigt, daß sie nicht ausreichen, um darauf den großen Regierungsbund von Westarp bis Wels zu hindern. Nur die Regierungsparteien haben keine ergänzenden Fragen gestellt. Dagegen ist, wie zu erwarten war, von den Sozialdemokraten wie von den Deutschnationalen noch eine Ergänzung des Programms verlangt worden.

Die Richtlinien des Reichskanzlers

Die vom Reichskanzler den Fraktionen des Reichstags übermittelten Richtlinien für die Entscheidung über den Eintritt in die Volksgemeinschaft lauten:

1. Die Verfassung vom 11. August 1919 wird als rechtlich verbindliche Grundlage des Staatslebens anerkannt. Jeder Versuch, irgend eine Abänderung auf ungesetzlichem Wege, insbesondere gewalttätigem Wege, herbeizuführen, wird demgemäß als Hochverrat zu verfolgen und zu bestrafen sein.
2. Die Richtung der Außenpolitik wird in erster Linie durch die Londoner Abmachungen bestimmt. Die auf Grund derselben erlassenen Reichsgesetze sind lokal auszuführen, ebenso wie wir die lokale Durchführung des Abkommens von unseren Vertragspartnern erwarten. Die Regierung wird es sich angelegen sein lassen, die Auswirkung der übernommenen Verpflichtungen auf das sorgfältigste zu überwachen, um die sich als notwendig erweisenden Abänderungen zu erreichen. Die Aufnahme in den Völkerbund soll entsprechend der im deutschen Memorandum niedergelegten Auffassung erstrebt werden.
3. Bei der Lastenverteilung in Ausführung der bezeichneten Gesetze sollen die Maßstäbe der wirtschaftlichen Fähigkeit und der sozialen Gerechtigkeit angewendet werden. Die bestehenden Finanzgesetze sollen nach dieser Richtung durchgearbeitet werden.
4. Als eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung wird es betrachtet, die sozialen Leistungen, dem Bedürfnis entsprechend

Minister Prof. Dr. Hellsbach auf dem deutschen Naturforscher- u. Aerztetag

In einer Sonder Sitzung der Medizinischen Hauptgruppe der Deutschen Naturforscherversammlung in Innsbruck sprach der bairische Kultusminister Prof. Dr. Hellsbach über das Thema: Die kosmischen Einflüsse im Seelenleben. Es ist dies ein Gegenstand, mit dem sich Prof. Hellsbach schon seit langem beschäftigt.

In seinen Ausführungen umschrieb der Redner — nach einem Bericht der „N. Bad. Landesztg.“ — zunächst den Begriff kosmisch im engeren Sinne des Archenius, d. h. der Begriff umfaßt die Einwirkungen der Himmelskörper auf einander. Der Begriff seelisch ist selbstverständlich lebensphysiologisch (psycho-physiologisch) gemeint. Der großartigste Tatbestand einer kosmischen Bestimmung des lebensseelischen Lebens ist die Frühjahrsstimmung, die alljährlich die in der gemäßigten Zone lebende Menschheit befallt. Verfruchtungen, geschlechtliche Gewalttaten, Selbstmorde und Einweisungen in Irrenanstalten erfahren alljährlich in eintöniger Wiederkehr vom April bis Juni (Oktober bis Dezember auf der südlichen Halbkugel) eine Häufung.

Durch experimentelle Untersuchungen wurde der Nachweis geführt, daß um dieselbe Zeit auch die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit bei Schulkindern und Erwachsenen sich sehr merkwürdig ändert: die psychomotorische Erregbarkeit nimmt zu, während die intellektuelle Leistung abnimmt. Während beide zusammen im Hochsommer zu ihrem Minimum herabsinken, zwischen Herbst und Vorfrühling zu einem winterlichen Maximum ansteigen. Die Frühjahrsstimmung kann also als eine Art Rausch bezeichnet werden, die allerdings den meisten davon Heimgesuchten völlig unbewußt bleibt: Die triebhafte Aktivität nimmt zu, die vernünftige Überlegung samt ihren entsprechenden Hemmungen nimmt ab.

Das körperliche Substrat der psychischen Veränderungen ist noch nicht aufgefunden. Je nach den Strömungen in der medizinischen Wissenschaft hat man es früher im Blut (Früh-

jahrchlorose), neuerdings auf dem Gebiet der inneren Sekretion gesucht. Aber beides ist noch Hypothese ohne zureichende Fundierung. Aber ebensowenig sind bisher die Elemente der kosmischen Ursache erkannt. Man hat sie anfangs in der raschen Wärmezunahme, später in der Lichtzunahme der Frühjahrsmonate gesucht. Möglicherweise wirkt beides zusammen, etwa die Erwärmung intellektuell lähmend, die Lichtzunahme motorisch erregend. Man muß aber auch an die luftelektrischen Vorgänge denken, da im Frühling in raschem Tempo sich die Gewitterneigung der Atmosphäre herausbildet, über überhaupt an Veränderungen der Strahlenstruktur während dieser Jahreszeit.

Der Vortragende erläuterte dies weiter an Untersuchungen, welche Krabert an Innsbrucker Erwachsenen, Schulkindern und Haltungslosen über die Frühwirkung angestellt hat, wobei sich die merkwürdige Tatsache ergab, daß der Zeitpunkt des Westwindens in der Regel einer im Anzuge befindlichen, nicht einer am Orte schon herrschenden barometrischen Depression parallel geht. Das weist auf einen unbekanntem atmosphärischen Faktor hin, der der heranziehenden Depression voraussetzt, die ähnliche Wirkung, welche Köhn, Gewitterschwüle, Tropenluft usw. ausüben, obwohl diese Wetterzustände untereinander in bezug auf Wärme und Feuchtigkeit ganz ungleichartig sind, läßt auf den luftelektrischen Faktor als den physiologisch wirksamen schließen.

Nach einem Eingehen auf das merkwürdige Phänomen des Falsch-Wurms, eines Sübjetieres, das zur Zeit der Fortpflanzung alljährlich im Oktober und November (dem dortigen Frühling) an die Meeresoberfläche schwärmt, aber immer nur in der Nacht, auf die das letzte Mondviertel fällt, ein Phänomen, das wohl auch durch den mondbestimmten Gang der luftelektrischen Periode zu erklären ist, behandelte Prof. Hellsbach die in so sinnfälliger Weise an den kosmischen Wandel von Tag und Nacht gebundenen Tatsachen des Wachens und Schlafens. Die körperlich-geistige Leistungsfähigkeit am Tage und die Schlafstiefe in der Nacht verlaufen beide in je einer Kurve, die in den Hauptproportionen einander ähnlich sind. Der verurteilende Faktor liegt aber hier gänzlich im Dunkeln, den einzigen Anhaltspunkt bilden für den Schlaf

Die Antworten der Parteien

Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat anschließend an ein Votum des Reichskanzlers einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt, die Zentrumsfraktion des Reichstages halte an ihrer Überzeugung fest, daß nur ein innerer Einheit gestärktes Volk Deutschland retten, der politischen Lage gerecht werden und die uns auferlegten schweren Lasten unter tätiger Mitwirkung aller schaffenden Kräfte der Arbeit und Wirtschaft tragen könne. Die Zentrumspartei unterstütze die Beschlüsse des Reichskanzlers, die bestehende Koalition durch Hinzuziehung aller zur aufbauenden Mitarbeit bereiten Parteien von rechts und links zu verbreitern und dadurch eine starke, gesicherte Regierung zu schaffen. Sie erwartet von allen zur Mitwirkung berufenen Parteien bestimmt, daß sie sich den dem Volksganzen dienenden Arbeiten zum Wiederaufbau des Vaterlandes anschließen.

Die deutsch-demokratische Reichstagsfraktion hat folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die Fraktion hält eine Änderung der Regierung in der jetzigen politischen Lage nicht für wünschenswert. Die Lösung wichtiger Aufgaben, deren Bearbeitung von der Regierung eingeleitet wurde, und das Bedürfnis von Volk und Wirtschaft nach ruhiger Weiterentwicklung erfordert zur Zeit die Vermeidung einer Regierungsstörung. Sollte eine Änderung in der Zusammenfassung der Regierung durch die Haltung anderer Fraktionen sich nicht vermeiden lassen, dann würden wir einer gemäß dem Vorschlag des Reichskanzlers nach rechts und links erweiterten Regierung unsere Unterstützung nicht versagen.“

Die Deutsche Volkspartei gab folgende Entschließung ihrer Reichstagsfraktion bekannt: „Der Standpunkt der Deutschen Volkspartei in der Frage der Regierungserweiterung ist bekannt; er hat sich nicht geändert. Die Fraktion erkennt die Richtlinien der Reichsregierung als brauchbare Grundlage für die Koalitionsverhandlungen an. Sie billigt einstimmig das Verhalten ihrer Unterhändler und ersucht sie, auf die beschleunigte Lösung der Frage der Regierungserweiterung hinzuwirken.“

Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen Brief des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an den Reichskanzler, der sich eingehend mit den Richtlinien beschäftigt. Im Abfah der Richtlinien, der von dem Schutze der Reichsverfassung handelt, sei das Wort „Republik“ vermieden worden. Da der Führer der Mehrheit der Deutschnationalen Schlangenschönungen vor kurzem noch für die Durchführung der Monarchie Propaganda gemacht habe, müsse nach der Ansicht der Sozialdemokraten jede Partei, die in die Regierung einbezogen werden wolle, in der Frage der Staatsform einer ganz unabweislichen Fassung des Regierungsprogramms zustimmen. Hinsichtlich der Außenpolitik komme es nach Ansicht der Sozialdemokraten darauf an, vor aller Welt klar zu stellen, daß sich die Reichsregierung auf die Fortführung der bisherigen Außenpolitik des Kabinetts Marx festlege. Die sozialdemokratische Fraktion nehme an, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund so schnell wie möglich erfolgen werde. Das Programm der Reichsregierung müsse ferner die Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag enthalten. Bezüglich der Steuer-, Wirtschafts- und Handelspolitik wird in dem Brief bemerkt, daß die zum Schutze der menschlichen Arbeitskraft und der Hebung der Konsumkraft der breiten Volksmassen zu treffenden Maßnahmen bei der Abfassung der Regierungserklärung genauer Präzisierung bedürfen. Der Brief schließt mit dem Ausdruck der Überzeugung, daß die sozialdemokratischen Wünsche im Rahmen des Programms der Reichsregierung erfüllt werden. Die sozialdemokratischen Unterhändler ständen an einer Besprechung der präzisierten Forderungen ferner zur Verfügung.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die Fraktion hält eine Änderung der Regierung in der jetzigen politischen Lage nicht für wünschenswert. Die Lösung wichtiger Aufgaben, deren Bearbeitung von der Regierung eingeleitet wurde, und das Bedürfnis von Volk und Wirtschaft nach ruhiger Weiterentwicklung erfordert zur Zeit die Vermeidung einer Regierungsstörung. Sollte eine Änderung in der Zusammenfassung der Regierung durch die Haltung anderer Fraktionen sich nicht vermeiden lassen, dann würden wir einer gemäß dem Vorschlag des Reichskanzlers nach rechts und links erweiterten Regierung unsere Unterstützung nicht versagen.“

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat eine Entschließung gefaßt, in der betont wird, daß gerade auch die deutschnationale Volkspartei stets für die Volksgemeinschaft eingetreten sei, daß sie darunter aber eine Gefinnungsgemeinschaft verstehe, die in der Zusammenfassung aller auf nationaler u. soz. Boden stehender Volkskräfte bestehe. Sie setze demgemäß voraus, daß alle an der vorgesehenen Gemeinschaft beteiligten Parteien sich zu folgenden Zielen bekennen: 1. Christliche Jugendzucht und christliche Kultur als Grundlage des Staatslebens. 2. Unter Ablehnung des Volksgemeinschaft vernichtenden Klassenkampfes und unter Sicherung der Koalitionsfreiheit die Bekämpfung jeden den Arbeitsfrieden bedrohenden Terrors und die Förderung der Arbeitsgemeinschaft bei besonderer Wahrung der sozialen und politischen Gleichberechtigung der Arbeitnehmer. 3. Anerkennung und weitere amtliche Verfolgung der Regierungserklärung vom 29. August über die Nichtscheidung Deutschlands am Kriege. Die deutschnationale Reichstagsfraktion billigt das bisherige Verhalten ihrer Unterhändler und ermächtigt sie zu weiteren Verhandlungen über die Regierungsumbildung.

Politische Neuigkeiten

Englands Antwort auf das deutsche Memorandum

London, 9. Okt. Laut „Times“ begrüßt die britische Regierung in ihrer Antwort auf das deutsche Memorandum den Gedanken des deutschen Antrages um Mitgliedschaft zum Völkerbund. Deutschland müsse sich strikte an die Verhältnisse halten, die den internationalen status quo in Deutschland beherrschten, insbesondere bezüglich des Vertrages von Versailles und des Londoner Abkommens über den Dawes-Plan. Weiter weist die britische Regierung darauf hin, daß der Antrag auf die Mitgliedschaft nicht bedingt gestellt werden könne und daß auf jeden Fall die in dem Memorandum aufgeworfenen Fragen vom Völkerbundrat und nicht von den Regierungen behandelt werden könnten. Die britische Regierung erhebe keine Einwände, daß Deutschland einen dauernden Sitz im Völkerbundrat erhalte.

Auf dem 23. Weltfriedenskongress zu Berlin

sprach am Mittwoch als erster Redner Graf Couventin, Klerger, der als Weg zu einer Erweiterung des Völkerbundes die Schaffung einer paneuropäischen Organisation bezeichnete. Der Redner trat für eine Verwirklichung des Gedankens der Vereinigten Staaten von Europa ein.

Prof. Schäfer erklärte, die Vereinigten Staaten von Europa seien eigentlich ein längst überholter Begriff. Die Ideen „Panuropa“ und „Panamerika“ usw. seien falsch und bedeuteten eine Gefährdung des Völkerbundesgedankens. Der frühere Reichsfinanzminister Gothein trat für ein weltweites Panuropa ein. Über Oberstleutnant sei von nichteuropäischen Staatsmännern entschieden worden, die die Dinge unmöglich beurteilen konnten. So sei es möglich geworden, daß in Kattowitz, das zu 90 Prozent für Deutschland stimmte, heute keine einzige deutsche Schule mehr sei. Der Vorkämpfer der indischen Friedensbewegung, Abdullah Jussuf (Bombay) wandte sich gegen ein Panuropa unter Ausschluß Englands und Russlands. — Oberregierungsrat Simons warnte davor, das Problem eines PanEuropa schon auf diesem Kongress lösen zu wollen. Der polnische Vertreter Ribacinski trat den Ausführungen Gotheins hinsichtlich der Kattowitzer Schulverhältnisse entgegen.

In der weiteren Aussprache betonte Prof. Verneil-Strasbourg die dringende Notwendigkeit einer völligen deutsch-französischen Verständigung. Redner wandte sich dann gegen ein PanEuropa, das die Gefahr in sich birge, daß nach Art der deutschen Kontinentalpolitik ein Zusammengehen Frankreichs und Deutschlands gegen England erstrebt werde. Georg Bernhart-Berlin bestritt, daß das PanEuropa als eine Bewegung gegen den Völkerbund, gegen England oder Rußland aufzufassen sei. Prof. Viktor Bafsch wandte sich gegen das Projekt eines PanEuropa; in Völkerbund wäre wohl eine Gruppenbildung möglich, aber sie könne nicht nach Kontinenten geteilt werden. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus sei das PanEuropa ein Dingseppel.

Der Vortragende Prof. Dr. Luidde dankte den deutschen Behörden für die weitgehende Förderung des Kongresses und würdigte die Arbeit des Kongresses mit dem Ausdruck der Genugtuung für das erreichte Ergebnis. Senator Ruissen rühmte darauf die großen Verdienste des Verhandlungsleiters, Prof. Luidde, und bat, den nächsten Kongress in Paris abzuhalten. Der Kongresspräsident Lafontaine erklärte als letzter Redner, das Friedensbüro werde jetzt eine besondere Tätigkeit für die deutsch-französischen Verständigung aufnehmen.

die sogenannten Wendestunden des Luftdrucks und der Luftelektrizität.

Außer den bisher besprochenen Perioden kennen wir noch solche von 2 8 Tagen und von 7 Jahren. Für letztere existiert nur ein sicherer Beleg, nämlich die von Wäldin einwandfrei nachgewiesene Siebenjahr-Periode in Goethes Leben. Da eine kosmische Siebenjahrperiode nicht bekannt ist, so bleibt die Frage nach der Verursachung gänzlich offen. Dagegen ist die 28tägige biologische Periode durch reiches Material aus der pflanzlichen, tierischen und auch durch einzelne Fälle in der geistigen Welt gestützt; Archenius hat auch hierfür (s. B. für die Menstruation und epileptische Anfälle) das Wirkungsmittel in der mondbestimmten luftelektrischen Periode gesucht.

Der Gesamtstand unserer Erkenntnis in die ursächlichen Zusammenhänge kosmischer Einwirkungen auf das psychische Leben ist also recht wenig befriedigend. Trotzdem dürfen wir nach allem die berechnete Hoffnung haben, den Schleier von den Zusammenhängen zu heben. In den Sternen steht es geschrieben, mit diesem Goethewort schloß Prof. Hellsbach seine interessanten Ausführungen.

Karl Theodorfest in Mannheim. Die Vorbereitungen des vom Mannheimer Altersverein für Freitag 24. Oktober, im Rabelungsaal des Hofgartens geplanten Karl Theodorfestes machen erfreuliche Fortschritte. Die Proben für die Auführungen haben begonnen. Die Zahl der mitwirkenden Männer und Frauen beträgt ungefähr 100. Das von Dr. Oskar Jacob verfaßte Festspiel ist von Oberspielleiter Meyer-Walden vom Nationaltheater für die Bühne eingerichtet worden. Die Regie hat dieser übernommen, die Auswahl der Musik und die musikalische Leitung Generalmusikdirektor Lert. Die Linge in der Pantomime wurden von der Balletmeisterin Magda Bauer eintunziert. Die Gestaltung des Bühnenbilds leitete Heinz Grote. Das Festspiel soll die Blüte von Kunst und Wissenschaft veranschaulichen, die Mannheim als pfälzische Hauptstadt zur Zeit des Kurfürsten Karl Theodor erlebt hat und ein Stück Hofoperpracht hervorzubringen.

Der Beamtenabbau im Reich. Vom 1. April bis 30. Juni d. J. sind nach einer Übersicht des Reichsfinanzministers bei den Reichsbehörden einschließlich den Betriebsverwaltungen der Reichspost, der Reichseisenbahn und der Reichsdruckerei 6654 planmäßige und 1110 außerplanmäßige Beamten und 14 Beamten im Vorbereitungsdienst entlassen worden. 261 planmäßige und 101 außerplanmäßige Beamten, sowie 10 Beamten im Vorbereitungsdienst wurden neu eingestellt. Von den im Reichsdienst Angestellten sind im letzten Zeitraum 2615 entlassen und 610 neu eingestellt worden. Von Verwaltungs- und Betriebsarbeitern sind in demselben Zeitraum 3141 entlassen und 7192 neu eingestellt worden.

Das Vermögen des vormaligen preussischen Königshauses. Der Verfassungsausschuss des Preussischen Landtags nahm mit den Stimmen der Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums gegen die der Demokraten, der Sozialdemokraten und der Kommunisten einen Gesetzesentwurf an, nach dem die Beschlagnahme des Vermögens des vormaligen preussischen Königshauses soweit aufgehoben werden soll, als die Gegenstände dieses Vermögens durch rechtskräftige Urteile, oder durch Anerkennung des preussischen Staatsministeriums als zum Sondervermögen des vormaligen Königshauses oder seiner Mitglieder gehörig, festgesetzt wurde, oder künftig festgesetzt wird.

Die Vorbildung der Volksschullehrer in Preußen. Wie der amtliche preussische Pressebericht mitteilt, hat das preussische Staatsministerium beschlossen, daß künftig die Volksschullehrer und -Lehrerinnen ihre allgemeine wissenschaftliche Ausbildung auf den höheren Lehranstalten erhalten sollen. Der Eintritt in die pädagogische Ausbildung setzt künftig die Ablegung der Reifeprüfung an einer 9-stufigen höh. Lehranstalt voraus. Über die Befähigung der pädagogischen Ausbildung, die jedenfalls nicht auf einer Universität erfolgen soll, wird das Staatsministerium noch weitere Beschlüsse fassen.

Kurze Nachrichten

Keine Auslieferung des Erzbergmörders. Wie aus Budapest gemeldet wird, hat der ungarische Justizminister die Auslieferung von Schulz verweigert. Der Justizminister begründet das mit dem Hinweis auf die politische Natur der Straftat und wegen Mangels an Gegenseitigkeit. Die deutsche Regierung habe seinerzeit ihren Beschluß in der Angelegenheit der Auslieferung des an der Ermordung des Grafen Tisza beteiligten Emmerich Czernak damit begründet, daß die Straftat ausschließlich aus politischen Motiven und während politischer Ereignisse begangen worden ist.

Der bayerische Landtag wird am 28. Oktober seine erste Sitzung abhalten.

Der neue englische Generalkonsul in München, Woffschastrot Harry Pentind, der als Nachfolger von Clive die Leitung des englischen Generalkonsulats übernommen hat, machte im bayerischen Staatsministerium des Außen in Vertretung des Ministerpräsidenten dem Staatsrat Dr. Schmelske seinen Antrittsbesuch.

Badischer Teil

Evangelische Landesynode

Am Mittwoch wurde in der Plenarsitzung mitgeteilt, daß Stadtpfarrer Rühlwein von Freiburg, der bis vor etwa 3 Jahren in Karlsruhe in der Oststadt wirkte und der positiven Richtung angehört, zum Prälaten ernannt wurde. Napp (liberal) ist zum Oberkirchenrat gewählt. Damit ist die Ernennung der geistlichen Bank des Oberkirchenrates vollzogen. Präsident D. Dr. Keller übermittelte dem neu-gewählten Prälaten die Glückwünsche der Landesynode. An Stelle D. Wurtz trat Pfarrer Karl Renner von Heitelsheim in die Synode ein.

Den Hauptbericht, dessen wesentlichen Inhalt wir bereits mitteilten, erstattete Stadtpfarrer Seufert von Karlsruhe. Einstimmig angenommen wurde eine Entschließung, in der davon Kenntnis genommen wird, daß das Lehrerseminar I Karlsruhe auf ein hundertjähriges Bestehen zurückzuführen kann. Man sprach die Erwartung aus, daß einem Ausspruch des Unterrichtsministers entsprechend der Charakter dieser Anstalt als Vorbereitungsanstalt für evangelische Volksschullehrer auch in Zukunft erhalten bleibt.

Ein weiterer Beratungsgegenstand war der Katechismusentwurf, den der Ausschuss für Kultus und Unterricht vorbereitet. Berichterstatter war Stadtpfarrer Herrmann von Karlsruhe. Der Ausschuss war der Meinung, daß der Entwurf ein brauchbares Buch sei, das man der Landesynode zur Annahme empfehlen könne. Jedoch solle man es noch der Schulynode, die wahrscheinlich an Ostern zusammenzutreten werde, unterbreiten. Die Landesynode aber habe das endgültige Wort zu sprechen, was wahrscheinlich im nächsten Jahr der Fall sein werde. Für den gleichen Ausschuss berichtete Professor Dr. Dr. Prommel über den liturgischen Anhang zum Gesangbuch. Angenommen wurde eine Entschließung, nach der die Synode das Werk begrüßt und die Kirchenregierung ersucht, es durch einen namhaften Jurist zu unterfertigen. Die Sitzung befahte sich weiter mit den beiden vorläufigen kirchlichen Gesetzen vom 16. Juni, über die Dienstbesüge der Geistlichen sowie über die Ruhestandsbesüge derselben und die Versorgungsbesüge ihrer Hinterbliebenen. Die Gesetze wurden mit einigen Änderungsanträgen genehmigt. Das Gesuch der Diaspora-Gemeinde Riegen um Erhebung zur Pfarrei wurde der Kirchenregierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Zu den neuesten Geschehnissen in der evangelischen Landesynode schreibt der Evangelische Pressebericht u. a.:

In verschiedenen Presseäußerungen zu den jüngsten Geschehnissen in der evangelischen Landesynode finden sich manche falsche Meldungen und Irrtümer, die berichtigt werden müssen:

1. Nicht die Kirchenregierung, die aus dem Kirchenpräsidenten, seinem Stellvertreter, dem Prälaten und sechs von der Landesynode gewählten Mitgliedern besteht, ist zurückgetreten, sondern der Oberkirchenrat.
2. Das Ausscheiden der Mitglieder der Oberkirchenbehörde erfolgte auf einhelligen Wunsch aller kirchenpolitischen Gruppen (mit Ausnahme eines einzigen Synodalen); alle bezogen den Mangel an Vertrauen zum Geschäftsführer der bisherigen Mitglieder der Oberkirchenbehörde.
3. Die positive Mehrheitsgruppe ist auf eine Verkleinerung der Oberkirchenbehörde bedacht und hat auch schon einen dahingehenden Antrag gestellt.
4. Es ist nicht richtig, daß die positive Mehrheitsgruppe eine ganz einseitige Parteiherrschaft in der Landesynode ausüben wolle. Es sind von ihr an die kirchlich-liberale Gruppe Angebote gemacht worden, die aber bisher von dieser nicht angenommen wurden.

Zeitkarten mit Lichtbild

Die Reichsbahndirektion Karlsruhe teilt mit: In letzter Zeit vorgenommene verschärfte Kontrollen an den Bahnreisenden haben erneut erwiesen, daß die Bestimmungen über den Lichtbildzwang bei Zeitkarten von den Reisenden trotz ständiger Aufklärung vonseiten der Eisenbahndienststellen noch nicht genügend beachtet werden. Bislang ist die Eisenbahnerverwaltung gegen Reisende, die die Bestimmungen nicht eingehalten haben, nur in wenigen schwerer gelagerten Fällen strafend eingeschritten. Nachdem seit Einführung des Lichtbildzwangs 6 Monate verstrichen sind, kann weitere Nachsicht gegen Zeitkarteninhaber, die sich den bestehenden Vorschriften nicht fügen, nicht mehr geübt werden. Bei weiteren Verstößen wird die Eisenbahnerverwaltung Zeitkarteninhaber, die gegen die Bestimmungen verstoßen, als Reisende ohne gültige Fahrkarte behandeln. Die genaue Beachtung der Bestimmungen liegt daher im eigenen Belange der Reisenden.

Aufruf des wertbeständigen Eisenbahnotgeldes. Die früher befristete, läuft die Einlösungsfrist des aufgerufenen wertbeständigen Notgeldes der Deutschen Reichsbahn mit dem Ausgabedatum vom 23. Oktober 1923 und 7. November 1923 mit 15. Oktober 1924 ab. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die nach dem 15. Oktober d. J. eingehenden Einlösungsanträge von den Eisenbahntassen grundsätzlich abgelehnt werden müssen.

Landesverband Baden des Deutschen Arbeit-verbundes für das Baugewerbe

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, Landesverband Baden, Hauptgeschäftsstelle Freiburg i. Br., fasst am 28. und 29. September seine 17. ordentliche Hauptversammlung in Gernsbach im Purgial ab.

Der Landesvorsitzende, Architekt Ludwig Mayer-Freiburg i. Br., eröffnete die Versammlung. Syndikus Dr. Eitwein-Freiburg erstattete den Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Nach Verhandlungen einer Reihe interner Verbandsangelegenheiten und Neuwahl der Tarifkommission, in welcher die alten Mitglieder durch das allgemeine Vertrauen erneut bestätigt wurden, gab Architekt Ludwig Mayer-Freiburg in großen Zügen einen Bericht über die am 7. und 8. September in Jena abgehaltene Hauptversammlung des Deutschen Arbeitgeberverbundes für das Baugewerbe, welcher in einem scharfen Protest gegen die Wohnungsnotstandswirtschaft gipfelte. Anschließend referierte Dr. Eitwein-Freiburg über die Stellungnahme des Baugewerbes zu dem Entwurf der Reichsbaubauordnung. Er kam zu der Folgerung, daß das Gesetz eine Zwangsorganisation vorsehe, die mit den Interessen des Baugewerbes in grundlegendem Widerspruch stehe. Das Baugewerbe lehnte ebenso die Anknüpfung des Gesetzes an alte, überholte Formen ab, wie es sich gegen jeden neugeschaffenen Zwang in dieser Richtung verhalten müsse. Das Baugewerbe wolle als Ganzes erhalten bleiben und strebt die Eindeutigkeit an, während das Gesetz seine Betriebe in einen handwerklich und einen laienmännlich-technisch geleiteten Teil zerlege. Die von dem Redner ausgesprochene Ablehnung des Entwurfs fand einstimmige Annahme.

Die weiteren Vorschläge organisatorischer und wirtschaftspolitischer Natur, die der Vorstand zur Beschlussfassung unterbreitete, wurden gutgeheißen. Als weiterer Referent berichtete Baumeister Altenbach-Heidelberg über die neueste Gestaltung der Lohnsituation, über die technischen Vorschriften für Bauleistungen und über den neuen Referentenentwurf über die Reichsbaubauordnung. Nach einer lebhaften Aussprache wurden zwei Resolutionen einstimmig angenommen, in denen erster der Landesverband zu der vom Ministerium des Innern gebilligten Ablehnung seiner Lohnsituation durch das Landespreisamt Stellung nimmt und die Ablehnung unterzeichnet mit 8 1/4 der Reichsbaubauordnung. Es wird die Erwartung ausgesprochen, daß raschstens in die sachliche Beratung eingetreten wird. In der zweiten Resolution wird der Vorstand ersucht, bei der Regierung wegen Aufgabe ihres Widerstandes gegen eine Regelung des Baugewerbes durch das Reich vorstellig zu werden. Bei der Erörterung des Steuerwesens gab Dr. Eitwein-Freiburg Aufschluß über verschiedene Anträge, die an das Landesfinanzamt zwecks grundsätzlicher Entscheidung gerichtet wurden, und behandelte hierauf eingehend die Verordnung des Reichspräsidenten über wirtschaftlich notwendige Steuer-milderungen unter besonderer Berücksichtigung der Umsatzsteuer. Die Versammlung befahte sich weiterhin mit der Hauszinssteuer, die als unsozialer Abgabe bezeichnet wurde. Es kam eine Entschließung dahingehend zustande, daß, solange sie erhoben werde, sie ausschließlich zur Förderung der Neubautätigkeit zu verwenden sei.

Neugründung von Winzergenossenschaften

In den bekannten Weinorten des Kaiserstuhls, Miringen, Mötzen, Biedersheim, Oberrotweil, Oberbergen, Merdingen, Buchheim, Bilschaffingen, Neulingen, Mösingen und Eichtingen wurden Winzergenossenschaften durch Bezirksleiter Graf-Karlsruhe, Bürgermeister Barmann-Merdingen, Kreisrat Kille-Schoorheim und Weinbauinspektor Ramdohr-Biedersheim gegründet. Die Genossenschaften, die die Hebung und Förderung des Weinbaues und die Zuführung naturreiner, hochwertiger Weine an die Verbraucher bezwecken, haben sich dem Verband badischer landwirtschaftlicher Genossenschaften Karlsruhe, der Bad. Landw. Hauptgenossenschaft und der Badischen Landwirtschaftsbank angeschlossen. Die Genossenschaften verfügen bereits überall über große eigene Kellereien, in denen unter Aufsicht eines Weinachtsverständigen die Weine eingelagert und behandelt werden. Miringen hat eine große Kellerei mit 8, Biedersheim eine solche mit 2 hydraulischen Pressen.

Kommunale Rundschau

Der Bürgerausschuss Herbolzheim genehmigte einstimmig den Voranschlag für das Jahr 1924/25. Dieser sieht eine Einnahme von 212.550 Mark und eine Ausgabe von 262.535 Mark vor. Das Defizit von 49.985 Mark ist durch Umlage zu decken. Trotz der vielfachen außerordentlichen Unternehmungen der Gemeinde, wie Erstellung eines Doppelwohnhouses für Beamte, Wägen der Eisenbahnstraße, Neuanlage der Bismarckstraße, Leistung eines Beitrages für die neue Kirchen- uhr, teilweise Neuausrüstung der freiw. Feuerwehr, Neuan-schaffung der Instrumente der Feuerwehrmusik, vollständige innere Reparatur des Krankenhauses, ist es Dank sparsamer Wirtschaftsführung gelungen, den Umlagefuß auf nur 28 Pfg. und 4 Pfg. Kreisumlage festlegen zu können. Auf wiederholtes Ansuchen der Stadtgemeinde errichtet der Postfiskus an Stelle der schon längst als unzulänglich befundenen Miet-räume ein neues Postgebäude in der Nähe des Bahnhofs, zu dem die Gemeinde das Baugelände unentgeltlich stellt. Weiter erstattete Bürgermeister Steinberg nach Bericht über den Gang der Verhandlungen bezüglich der Erbauung eines Gebäudes zur Unterbringung der Holzhete, sowie über den neuen Grundgebührenentwurf der elektr. Oberlandzentrale Oberhausen.

Die Fremdensteuer in Konstanz. In der letzten Konstanzener Bürgerausschusssitzung wurde aus den Reihen der Zentrumspartei der Antrag eingebracht, von der Erhebung der Fremdensteuer während der Herbst- und Wintermonate bis 1. April 1925 abzusehen. Der Finanzausschuss hat diesem Antrag zugestimmt und nunmehr ist auch der Stadtrat dem Beschluß des Finanzausschusses beigetreten, so daß bis 1. April 1925 in Konstanz keine Fremdensteuer erhoben wird.

Aus der Landeshauptstadt

Nochmals „Mein Typ ist negerbraun“. Von der Leitung der Revue werden wir um Aufnahme folgender Mitteilung gebeten:

„Die Künstler des Landestheaters und sämtliche Mitwirkende außer Herrn Walter Barth und Martha Köller haben sich nicht zur Verfügung gestellt, sondern sind engagiert und in entsprechender Weise honoriert worden. — Die Regie der Pantomime lag nicht in den Händen junger unerfahrener Regisseure, sondern Herr Herz und Frau Willi Raine zeichneten verantwortlich; es standen ihnen mehr als 9 Proben zur Einstudierung zur Verfügung.“

Ann. der Red. Daß alte und angefehene Mitglieder unserer Bühne, Mitglieder, die wohl selbst bald pensionsfähig sein werden oder es sogar schon sind, sich die Mitwirkung bei einem Wohlthatigkeitsfest zugunsten der Pensionskasse ihres eigenen Theaters mit einem hohen Honorar bezahlen lassen, das ist allerdings eine absonderliche Vorstellung, die uns nicht so recht in den Kopf will. Oder wird das Honorar vielleicht noch hernach an die Pensionskasse abgeführt werden? Wenn alte und berühmte Mitglieder unseres Theaters derartige Honorare einstecken, darf man solchen den jüngeren Mitgliedern jedenfalls nicht so sehr übelnehmen.

Gebührenermäßigung. Die Post hat mit Wirkung vom 1. November an die Gebühren des Geldverkehrs ermäßigt. Für Postanweisungen ist wieder ein Meißbetrag festgesetzt worden und zwar 1000 Mark. Die neuen Postanweisungsgebühren betragen bis 25 Mark 20 Pfennig, bis 100 Mark 40 Pf., bis 250 Mark 60 Pfennig, bis 500 Mark 80 Pf., bis 750 Mark 120 Pfennig, bis 1000 Mark 160 Pfennig. Im Postfächerverkehr betragen die neuen Gebühren für Einzahlungen mit Zahlkarte bis 25 Mark 10 Pf., bis 100 Mark 20 Pf., bis 250 Mark 30 Pf., bis 500 Mark 40 Pf., bis 750 Mark 60 Pf., bis 1000 Mark 80 Pf. und bei Beträgen von mehr als 1000 Mark (unbeschränkt) 1 Mark. Die feste Gebühr für Barauszahlungen im Postfächerverkehr ist von 20 auf 15 Pf. ermäßigt worden. Damit wird die im jetzigen Tarif bestehende Unstimmigkeit beseitigt, daß im Postfächerverkehr Barauszahlungen über Beträge bis 25 Mark um einige Pfennige teurer sind, als bei Verwendung mit Postanweisung. Die Auszahlungsgebühr für Postfächerbriefe ist auf die Hälfte ermäßigt. Die neue Gebühr beträgt 10 Pf. für je 100 Mark des Kreditbriefbetrages, mindestens aber 1 Mark für jeden Kreditbrief.

Verkehrsverhältnisse auf der Kraichgau-Bahn. Der seit einem Jahr bestehende Verkehrsverband für die Kraichgau-bahn hielt dieser Tage hier eine von Vertretern aus dem ganzen in betracht kommenden Gebiet besuchte Ausschusssitzung unter dem Vorsitz des Landrats Dr. Pfister-Bretten ab, in der die an die Reichsbahndirektion zu stellenden Anträge für den nächstjährigen Fahrplan erörtert wurden. Als nennenswert wurden bezeichnet: Die Wiederherstellung durchgehender beschleunigter Verbindungen Karlsruhe—Heilbronn, die Einrichtung einer Sitzgüterverbindung Baden-Baden—Karlsruhe—Heilbronn—Nürnberg, direkte D-Zugverbindungen Basel—Karlsruhe—Heilbronn—Würzburg—Dresden—Breslau. Außerdem wurden noch eine Anzahl Forderungen zur Verbesserung des Nahverkehrs, namentlich in den späten Abendstunden durch Einlegung eines Triebwagens, besprochen.

Die badischen Dollarkassenanweisungen sind noch nicht aufgerufen, können also nach wie vor in Zahlung genommen werden.

Deutsche Hausbesitzerkongress. Die 45. ordentliche Zentralverbandstagung 1924 Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine findet in den Tagen vom 10.—13. Oktober in Karlsruhe statt.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. Heidelberg, 8. Oktober. Infolge von Lohndifferenzen ist das Bootspersonal der Neckarflößerei seit einigen Tagen.

DZ. Bretten, 8. Oktober. Die Täter, die in unverantwortlicher Weise zwischen Jöblingen und Wülfingen Steine auf das Eisenbahngelände gelegt hatten, konnten heute vormittag in das hiesige Amtsgericht eingeliefert werden. Es handelt sich um einige junge Burschen aus Jöblingen.

DZ. Rastatt, 8. Oktober. Nach längerem schweren Leiden starb hier heute früh Polizeinspektor Max Bader im Alter von 65 Jahren.

DZ. Gillingen, 5. Okt. Auf den Galgenäckern sind die Ausgrabungen für dieses Jahr beendet worden. Sie dürften die Feststellung gebracht haben, daß die erste Legion hier stand. Um das Jahr 30 nach Chr., also in der Claudischen Zeit, wurde das Lager gebaut. Die vier Schreibstuben, das Prätorium, die Kornkammer, die Kriegskasse und verschiedenes andere konnte in den Plan eingezeichnet werden. Die Ausgrabungen sollen im nächsten Jahr fortgesetzt werden.

DZ. Nieberhof (Amt Sickingen), 8. Oktober. Kürzlich kamen hier 11 Lose Aderland zur Versteigerung, wobei nur bei zwei Losen der geforderte Satz von 1,20 pro Acker erreicht wurde, während die übrigen Lose unter dem Anschlag abgegeben werden mußten. Das Los stellte sich so durchschnittlich auf 1 Mark, was dem Stand der Vorkriegszeit entspricht. Für ein Los fand sich kein Abnehmer.

Engen, 4. Okt. Wie der „Hequar Erzähler“ berichtet, beabsichtigt die Firma Grieshaber & Lauffer, Metallwarenfabrik in Wiblingen, ihren Spezial auf die Verfertigung von Rinderspielwaren einzustellen. Die diesbezüglichen Verhandlungen mit den einschlägigen Behörden sind soweit gediehen, daß mit dem Bau des Fabrikgebäudes demnächst begonnen werden kann. Um dem Unternehmen entgegenzukommen, wird die Stadt den Bauplatz unentgeltlich abtreten und auf 5 Jahre auf die Umlage verzichten. Die Firma andererseits verpflichtet sich, sofort nach Erstellung des Fabrikgebäudes 50 Arbeiter und innerhalb Jahresfrist 150—200 Arbeiter zu beschäftigen. Außerdem soll noch Heimarbeit ausgegeben werden.

DZ. Aus dem Elsaß. Aus dem Elsaß werden die ersten Preise für den „Neuen“ bekannt. Sie betragen beispielsweise für rote Hybriden 45 Franken und für weiße Sorten 60—65 Franken, nach deutschem Geld etwa 10—14 Mark, was nicht eben viel ist.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	9. Okt.		8. Okt.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	133.59	164.41	163.19	164.01
Kopenhagen 100 Kr.	73.47	73.83	73.42	73.78
Italien 100 L.	18.17	18.27	18.17	18.27
London 1 Pf.	18.78	18.87	18.69	18.78
New York 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris 100 Fr.	21.81	21.91	21.89	22.99
Schweiz 100 Fr.	80.40	80.80	80.20	80.60
Wien 100 000 Kr.	5.91	5.53	5.91	5.94
Prag 100 Kr.	12.48	19.54	12.47	12.53

Notierung über 100 Prozent

Der Großhandelsindex, die auf den Stichtag vom 7. Oktober berechnete Großhandelsindexziffer des Stat. Reichsamtes lag gegenüber dem Stande vom 30. September (131,5) weiter um 1,7 b. S. auf 133,7 an.

Die Aufwertung der Pfandbriefe. Wie wiederholte Anfragen bei Hypothekendarlehenbanken erkennen lassen, sind die Besitzer der zur Aufwertung gelangenden Pfandbriefe, Kleinbahn- und Kommunalobligationen dieser Anstalten vielfach der irrthümlichen Ansicht, daß sie ihre Wertpapiere bei dem Emmissionsinstitut schon jetzt anmelden müssen, um ihre Rechte auf Aufwertung zu wahren. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß dies nach der dritten Steuerreformordnung und der zu ihrer Durchführung erlassenen Verordnung vom 15. August d. Jahres nicht erforderlich ist. Lediglich für den Fall, daß der Gläubiger oder sein Erblasser die Pfandbriefe im Umtausch gegen andere Pfandbriefe erhalten hat, ist in der Durchführungsverordnung schon jetzt eine Frist bestimmt. In diesem Fall kann der Pfandbriefbesitzer nämlich bis zum 31. Dezember d. J. bei der Hypothekendarlehenbank den Antrag stellen, daß bei der Aufwertung seiner Pfandbriefe der Goldmarkbetrag, der von ihm in Umtausch gegebenen Pfandbriefe berücksichtigt wird (§ 16 der Verordnung vom 15. August d. J.). Entsprechendes gilt für Kleinbahn- und Kommunalobligationen (§ 29 a. A. D.). Eine Anmeldung der Pfandbriefe und anderen Schuldverschreibungen kommt dagegen erst in Frage, wenn die den Hypothekendarlehenbanken für die Aufwertung ihrer Obligationen zur Verfügung stehende Masse an die Besitzer der Pfandbriefe und Kommunalobligationen zur Verteilung gelangen soll. Da die Hypothekendarlehenbanken die Zahlung der aufgewerteten Kapitalbeträge von ihren Schuldner nicht vor dem 1. Januar 1933 verlangen können, ist die endgültige Verteilung der Masse in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Neben dieser Vorverteilung steht die Durchführungsverordnung zwei andere Wege vor, die zu einer schnelleren Befriedigung der Gläubiger führen können, und zwar entweder eine vergleichsweise Abfindung, oder aber die Gewährung neuer Goldmark-Pfandbriefe, die von den Banken auf Grund ihres aufgewerteten Hypothekenbestandes ausgegeben werden. In jedem Falle hat die Hypothekendarlehenbank, bevor sie zur Liquidation der Pfandbriefe und Kommunalobligationen schreitet, im Reichsanzeiger eine dreimalige Aufforderung an ihre Gläubiger zu erlassen, innerhalb drei Monate ihre Ansprüche anzumelden, und die Wertpapiere zur Geltendmachung ihrer Rechte vorzulegen. Auch in anderen Zeitungen wird auf die bevorstehende Ausschüttung der Masse rechtzeitig hingewiesen werden, so daß die Pfandbriefbesitzer die Versäumnis einer Anmeldefrist zurzeit nicht zu befürchten haben.

Großherzogliche Majestika-Manufaktur Karlsruhe AG. Die ordentliche Generalversammlung hat am 30. September 1932 beschlossen, das Aktienkapital von 30 000 000 Papiermark auf 600 000 Goldmark umzustellen. Die Umstellung erfolgt durch Abstempelung der Aktien. In der Goldmarkeröffnungsbilanz erscheinen Grundstücke und Gebäude mit 447 905 M.; Maschinen und Einrichtungen mit 42 729 M.; Varenvorräte mit 187 254,30 M.; Außenstände mit 28 827,65 M.; die flüssigen Mittel mit 10 438,50 M. Diesen Aktiva stehen folgende Passiva gegenüber: Aktienkapital 600 000 M.; Reservefonds 60 000 M.; Verbindlichkeiten 42 154,35 M.; Gewinn für 1932 15 000 M. (—50 Goldmark pro 1000 Papiermark Aktienbesitz). Es wurde ferner beschlossen, 120 000 M. Vorzugsaktien in Stammaktien umzuwandeln, so daß das Aktienkapital in 550 000 M. Stamm- und 50 000 M. Vorzugsaktien eingeteilt ist. Letztere haben dreifaches Stimmrecht.

Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe. Der Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1932 führt u. a. aus, daß die Zahlenwerte der Papiermarkbilanz vollständig unübersichtlich und wertlos seien und daher von der Verwaltung und von der Veröffentlichung der Bilanz abgesehen wurde. Die Gesamtzahl der Angestellten und Arbeiter betrug im Halbjahres-Durchschnitt 2061 gegen 3409 im Vorjahre, zurzeit beträgt

sie 1917. Da im Dezember 1932 der Hauptfonds, die deutsche Reichsbahn, ihre Zahlungen vorübergehend einstellte, war die Gesellschaft gezwungen, den Betrieb solange stillzulegen, bis die Zahlungen der Reichsbahn wieder gesichert erschienen. Der Betrieb wurde am 22. Dezember 1932 geschlossen und ab 9. Januar 1933 nach und nach mit geringerer Arbeiterzahl wieder aufgenommen. Die Interessengemeinschaften mit den Motorenwerken Mannheim A.-G., vorm. Benz, Abteilung stationärer Motorenbau und mit den Badischen Motorlokomotivwerken A.-G. Mosbach, sowie die von den 3 Firmen Karlsruhe, Mosbach und Mannheim gegründete Motor-Lokomotiv-Verkaufs-G. m. b. H. „Baden“ in Karlsruhe haben im laufenden Geschäftsjahr für einen beträchtlichen Teil der Belegschaft Arbeitsgelegenheit gegeben. Die Gesellschaft erhofft dadurch auch in Zukunft eine wesentliche Unterstützung und Förderung des Betriebes.

Karlsruher Börse. Der Besuch ist des israelitischen Feiertages wegen geringer als gewöhnlich. Die ruhigeren auswärtigen Märkte sind auch für die hiesige Börse bestimmend und das Geschäft ist still. Es können genannt werden: Weizen neue Ernte handelsüblich 25—26 Roggen neue Ernte gesund 25,5—26, Sommergerste neue Ernte gesund 29—31, Hafer neue Ernte gesund 20,5—22, ausgesprochen minderwertige Waren entsprechend billiger. Mais mit Saft 20,95—21, Weizenmehl Mühlensortierung 33,5—40, Roggenmehl 33,5 bis 39,25, Mehl ist zweifelhäufig billiger zu haben, Weizen- und Roggenfuttermehl 16,5—16,75, Weizen- und Roggenkleie 13,25—13,55, Spezialfabrikate entsprechend teurer. Viehfutter 16,5—17, Malzkeime 15—15,5, Markt. Kaufmitteln: Lohes Weizen, gut, gesund, trocken 8,5—9, Luzerne 10,25—10,50, Weizen- und Roggenstroh, drackgepreßt 5—5,5, alles per 100 Kilo, Mehl, Mühlensortierung und Mais mit Getreide ohne Saft, Frachtparität Karlsruhe. Weine und Spirituosen: Geringe Beteiligung wegen der jüdischen Feiertage, wenig Geschäft.

Verschiedenes

Vor der Amerikafahrt des J. N. 3

Die für Mittwoch in Aussicht genommene Probefahrt des „J. N. 3“ wurde wegen ungünstiger Witterung auf den heutigen Donnerstag verschoben. Das Luftschiff ist heute früh 8,25 Uhr im Weizen einer großen Menschenmenge bei Klarem Wetter zu seiner letzten Probefahrt aufgestiegen. Es nahm Kurs auf Lindau. Die Fahrt soll zwei Stunden dauern. Die Amerikafahrt soll frühestens am Samstag, wahrscheinlich aber erst am Sonntag früh beginnen. Wie Dr. Egener mitteilt, ist nach der Landung des J. N. 3 in Amerika zunächst der Bau eines Schiffs mit 30 000 Kubikmeter u. ungefähr 40 Meter Länge und 21 Meter Durchmesser beabsichtigt. Dieses Schiff soll in Friedrichshafen im kommenden Frühjahr fertiggestellt werden.

Niedrige Aktienkurse

Wie aus Berlin gemeldet wird, sind der Direktor der Reichsdorfer Victoria, G. m. b. H., Walter von Blumenthal und das Vorstandsmitglied der Patavia-Filmverleih, A.-G., in Berlin, Direktor Ludwig Red, die des Betrages mit gefälschten Aktien bei der Brandenburgischen Aktiengesellschaft beschuldigt werden, im Automobil aus Berlin geflohen. Die bisher von der Berliner Kriminalpolizei beschlagnahmten gefälschten Aktien haben ein Gewicht von ungefähr einem Zentner. Gefälst wurden Aktien der Elberfelder Farbenstofffabrik, der Magdeburger Bergwerksaktiengesellschaft u. a. Nach den vorläufigen Ermittlungen handelt es sich bei dem Betrag um zirka zwei Millionen Goldmark, die bei verschiedenen händischen Sparkassen und kleinen Banken erhoben wurden.

Eine kommunistische Fälschwerkstatt

In Berlin-Neukölln wurde eine Werkstatt für Fälschungen von Pässen und sonstigen Ausweisen, insbesondere Steueraktien, polizeiliche Fragebogen, behördlicher oder privaten Führungszeugnissen aufgehoben. Unter anderem wurden etwa 5000 verschiedene Stempelformulare in Gummi und Metall, zahlreiche Passformulare, Vorbrüche und Briefbogen mit Firmenkopf, behördliche Bescheinigungen, ferner in Arbeit befindliche Bronze-Erkennungsmarken für Kriminalbeamten, Lochstempel für die Berliner Vermögenssteuer und anderes Fälschungsmaterial in bedeutendem Umfang vorgefunden. Der Betrieb war anscheinend noch im vollen Gange. Es fand sich noch u. a. ein bis auf die letzten Tage vervollständigte Sammlung aller ministeriellen Erlasse und sonstigen behördlichen Bestimmungen, die sich auf behördliche Mitteilungen über von den Kommunen entwendete Stempel und Vorbrüche beziehen. Verschiedene Umstände lassen es als sicher erscheinen, daß der Leiter dieser Werkstatt, der selbst Funktionär der KPD, ist, sie im Auftrage seiner Partei, zum mindesten aber in deren Interesse betrieb.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Konsularische Vertretungen der Republik El Salvador Herr Dr. Arcadio Rosado Pelaez ist zum Generalkonsul von El Salvador für das Deutsche Reich mit dem Amtssitz in Hamburg ernannt worden. Nachdem ihm namens des Reichs das Exequaturlit. erteilt worden ist, wird er zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen. Karlsruhe, den 4. Oktober 1932. Badisches Staatsministerium Röhlert

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Staatsministeriums

Ernannt: Ministerialamtsgehilfe Anton Desterle zum Hausmeister.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt: Eichmeister Ludwig Rothermel beim Staatsamt Mosbach zum Oberreichmeister beim Staatsamt Karlsruhe, Obermaschinist Friedrich Ding bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch zum Oberwerkführer.

Planmäßig angestellt: Eichmeister Udo Kirner beim Staatsamt Freiburg.

In den einstufigen Ruhestand versetzt: Oberregierungsrat Dr. Gustav Seibt im Ministerium des Innern auf Ansuchen. Gendarmeriewachmeister Georg Mühlbach in Tauberhofsheim.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ernannt: Professor Friedrich Grunzel an der Hochschule in Karlsruhe zum Direktor der Realschule in Oberkirch, Bibliothekar Professor Dr. Alfred Göhe an der Universitätsbibliothek in Freiburg zum Oberbibliothekar daselbst.

Berufen: Dem Privatdozenten an der Universität Freiburg Dr. Ludwig Mohler die Amtsbezeichnung außerordentlicher Professor für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität, dem Privatdozenten an der Universität Heidelberg Dr. Erich Rothacker die Amtsbezeichnung außerordentlicher Professor für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität.

Berufen: Professor Adolf Ehret an der Oberrealschule in Offenburg in gleicher Eigenschaft an das Verhölth-Gymnasium in Freiburg.

Professor Dr. Paul Verberich an der Realschule in Oberkirch an die Hochschule in Karlsruhe, Musiklehrer Gustav Bier am Verhölth-Gymnasium in Freiburg an das Lehrerseminar daselbst.

Zurückgesetzt auf Ansuchen:

Oberlehrer Philipp Glöbe in Denslingen, Amts Emmendingen.

Zurückgesetzt:

Hauptlehrerin Maria Schönble an der Volksschule in Offenburg auf Ansuchen.

Arbeitsministerium

In den einstufigen Ruhestand versetzt: Geh. Regierungsrat Dr. Hermann Horn, Direktor des Oberbergwerksamts in Mannheim auf Ansuchen.

Wasser- und Straßenbaudirektion.

Planmäßig angestellt: Die Straßenwärter Friedrich Abrell in Aach (Engen), Wilhelm Ginzler in Oftringen, Richard Düster in Aach, Karl Henn in Einbach, Engelbert Lorenz in Fullendorf, Johann Marquard in Heilgenberg, Andreas Wiestlich in Mersburg, Josef Schmid in Jollhaus-Blumberg, Georg Schneberger in Rönningen, Emil Steiert in Saig und Rudolf Wader in Griesheim.

Berufen:

Obermess.-Oberfeldt. Peter Kuhn in Säckingen zum Vermess.-Amt Schopfheim.

Ministerium der Finanzen

In den einstufigen Ruhestand versetzt: Rangleitsekretär Gustav Richter in Karlsruhe.

Wettbewerb

zur Erlangung von Plänen für einen Neubau der Ständigen Musterausstellung.

Wir bringen zur Kenntnis der Herren Interessenten, daß das vom 2.—4. Oktober d. Js. tagende Preisgericht die eingegangenen 78 Entwürfe beurteilt und, wie folgt, mit Preisen bedacht hat: D.642

Motto: Rasser Sommer, Verfasser: Vogel & Langhein, Karlsruhe, Preis mit M. 2250.—

Motto: Arbeit, Kunst und Handel, Verfasser: Messing & Leubert, Karlsruhe, Preis mit M. 2250.—

Motto: Roma, Verfasser: Regierungsbaumeister Carl Koch und Regierungsbaumeister Philipp Mayer, Heidelberg, Preis mit M. 1500.—

Motto: Kunst und Industrie, Verfasser: Karl Schrödin, Karlsruhe, Anlauf zu M. 500.—

Motto: Zwei Höfe, Verfasser: Architekt Pfeifer, Karlsruhe, Anlauf zu M. 500.—

Motto: Katakomben, Verfasser: Robert Looser, Freiburg, zum Anlauf empfohlen zu M. 500.—

Der Ausschichtsrat behält sich den Anlauf weiterer Entwürfe vor. Ständige Musterausstellung der deutschen Schmuckwarenfabriken und verwandter Industrie G. m. b. H. Forstheim.

Neu erschienen:

Die Gesetzammlung über das badische Gebäude-sondersteuergesetz nebst Vollzugsvorschriften und den einschlägigen Gesetzesbestimmungen.

Bearbeitet von Ratsschreiber Edwin Kramer in Wiesloch. Selbstverlag des Verfassers.

Preis 2 Mark. D.636

Badisches Landestheater. Freitag, 10. Oktober. 7 $\frac{1}{2}$ —10 $\frac{1}{2}$ Uhr. Sp. I. M. 4.80. Außer Abonn. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2001—2300. Gleichzeitig Volksbühne Nr. 1.

Der arme Konrad.

Stadtplan

Karlsruhe

nebst Vororten und Siedelungen

Preis 50 Pfennig

Erhältlich beim

Verlag G. Braun & Co. m. b. H.

Karlsruhe, Karlsriedrichstraße 14

Langfristige Gemeindedarlehen

gegen Verpfändung von Waldungen vermittelt

Bankgeschäft Joseph Liebmann, Karlsruhe i. B.

Telephon 75, 938 und 971. D.591

Herrenstoffe

Herrentuchhaus

Herrenstraße 22

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

§ 820. Karlsruhe. Die Geschäftsaufsicht über das Vermögen der Firma Ernst Kurthgen & Co. in Karlsruhe, Jägerstraße 65, ist durch rechtskräftigen Zwangsvergleich beendet.

Karlsruhe, 3. Okt. 1932. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts A 3.

§ 821. Oberkirch. Über den Nachlaß des Kaufmanns Lambert Langenberger in Oberkirch wird eine Pflegschaft zum Zwecke der Befriedigung der Nachlassgläubiger (Nachlassverwaltung) gemäß § 1975 B.G.B. angeordnet.

Als Nachlasspfleger (Verwalter) wird Waisentat Robert Dubac in Oberkirch ausgewählt.

Die Nachlassgläubiger werden aufgefordert, die Anmeldung ihrer Forderungen beim Nachlassverwalter in Wäde vorzunehmen.

Oberkirch, 8. Okt. 1932. Badisches Notariat.

Bericht, Bekanntmachungen

Bergebung der

Soleleitung zur Heilstätte

Hirshalde bei Bad

Dürheim.

Die Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe vergibt im öffentlichen Angebotsverfahren die zur Herstellung der Soleleitung erforderlichen Arbeiten und Lieferungen in:

1. Herstellung von 1000 m Rohrleitungen mit den dazugehörigen Hefsperrungen.

2. Liefern und Verlegen von 1000 m gußeisernen Ruffenröhren von 50 mm Durchmesser, einschließend der erforderlichen Fern- und Verbindungsstücke, Abperschieber und sonstigen Zubehör.

3. Angebote sind bis längstens Samstag, den

18. Oktober 1932 beim unterzeichneten Bauamt in Donaueschingen einzureichen, wofür auch die Pläne und Bedingungen aufzulegen und Angebotsformulare erhältlich sind.

Donaueschingen, den 7. Oktober 1932.

Kulturbaumeister.

Öffentliche Versteigerung

gegen Barzahlung. Fundstücken vom 2. Vierteljahr 1932 und unanbringliche Frachttücher, darunter Fahrträder, Photographenapparat, Feldstecher, Stawattennadeln, Ringe, Uhren, Musikinstrumente, Schneefische und 1 neue Milchgentrifuge werden am Freitag den 10. Dienstag den 14. und Mittwoch den 15. Oktober 1932, vormittags 8 Uhr und nachmittags 2 Uhr beginnend in dem Versteigerungsraum Karlsruhe Hauptbahnhof (Eingang Maxauerbahnhof) meistbietend versteigert. Die besonders genannten Gegenstände werden am 10. Oktober von 10 Uhr vormittags an ausbezahlt. Karlsruhe, 2. Okt. 1932.

Reichsbaudirektion —

Materialamt. Z. 774 2. 1